

Harzer Erklärung

Die Problemlagen im Harz, die die wirtschaftlichen Entwicklungschancen eingrenzen, sind vielfältig. So gehören die Landkreise Goslar und Osterode am Harz aufgrund ihrer Altersstruktur und der demographischen Entwicklung zu den Kommunen in Niedersachsen, in denen überdurchschnittliche Bevölkerungsrückgänge bereits eingetreten und weiter zu erwarten sind. Der traditionelle Branchenmix im Harz – also Bergbau und Metallverarbeitung – hat früher viel Beschäftigung gebracht. Im globalen Wettbewerb gibt es diese Branchen in Deutschland nicht mehr oder sie haben durch Rationalisierung enorm Arbeitsplätze verloren. Dazu kommen das Fördergefälle zu den neuen Bundesländern sowie ein starker Pendlerdruck aus diesen Ländern. Beides macht dem Harz sehr zu schaffen.

Niedersächsische Landesregierung verschärft Strukturprobleme

Zur Lösung dieser Strukturprobleme hat die Niedersächsische Landesregierung nichts beigetragen.

- So sind den Kommunen im Harz durch die Absenkung der Steuerverbundquote im kommunalen Finanzausgleich allein für das Jahr 2007 2,9 Mio. € gegenüber der alten Rechtslage vorenthalten worden. Insgesamt sind im Harz Mindereinnahmen von 17 Mio. € zu verzeichnen. Die Schulden der Harzer Kommunen sind zwischenzeitlich auf 484 Mio. € angewachsen. Trotz Hochkonjunktur und gestiegenen Steuereinnahmen wächst die Verschuldung der Kommunen weiter. Dringend erforderliche Investitionen können nicht getätigt werden.
- Zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur war von der Landesregierung unter Sigmar Gabriel die Einrichtung einer Fachhochschule in Goslar geplant. Christian Wulff hatte im Wahlkampf erklärt, im Falle seiner Wahl diese Planungen zu Ende zu führen und die Fachhochschule in Goslar einzurichten. Gehalten hat er dieses Versprechen nicht. Auch die Ansätze in Osterode, auf dem ehemaligen Kasernengelände eine Fachhochschuleeinrichtung zu schaffen, wurden nicht weiter verfolgt.
- Die Fördermittel des Bundes zur Ausstattung von Ganztagschulen mit Mensen und weiteren Angeboten für den Ganztagschulbetrieb wurden am Harz vorbei geleitet.
- Im Rahmen der Kürzungen im universitären Bereich wurden bei der Technischen Universität Clausthal 100 Arbeitsplätze abgebaut.
- Die Niedersächsische Landesforst hat im Rahmen von Rationalisierungsmaßnahmen allein im Harz 200 Forstarbeiterstellen gestrichen.

- Durch die Polizeireform, dessen Ziel es war, die Präsenz der Polizei in der Fläche zu erhöhen, wurden im Bereich der Polizeiinspektion Goslar 30 Beamte abgebaut, Osterode hat seine Polizeiinspektion verloren.
- Bei der Vergabe von Fördermitteln wurde der Harz stark vernachlässigt. Nach einer Auswertung hat die Niedersächsische Landesregierung selbst festgestellt, dass Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Region, die auf die Förderpolitik des Landes zurückzuführen wären, bisher nicht festgestellt werden können. So sind die Übernachtungen in den Kur-, Erholungs- und Fremdenverkehrsorten von 5,4 Mio. im Jahr 1980 über 4,3 Mio. im Jahr 2000 auf nunmehr 3,4 Mio. Übernachtungen im Jahr 2006 zurückgegangen. Dieser Trend setzt sich auch im Jahr 2007 fort.
- Besonders das von der Landesregierung hingenommene Fördergefälle zu den benachbarten Landkreisen in Sachsen-Anhalt hat zu schweren wirtschaftlichen Nachteilen im Westharz geführt, im Tourismus, aber auch in der Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe.
- den Museen im Harz, insbesondere dem Oberharzer Bergwerksmuseum als ältestem montanhistorischem Museum, wurde die institutionelle Förderung in Höhe von 128.000 Euro gestrichen. Dies hat zur Folge, dass auch die Kofinanzierung zum Einwerben weitere Fördermittel nicht aufgebracht werden kann.

Vielfältige Probleme sind zu lösen

Die durch diese Maßnahmen noch verschärften Strukturprobleme führen dazu, dass die Lebensqualität im Harz weiter sinkt und die Zahl der Touristen noch weiter zurückgeht. Der Harz befindet sich zurzeit in einer Abwärtsspirale:

- Das Steueraufkommen liegt 20 % unter dem Landesdurchschnitt.
- Für Projekte die aus EU-Mitteln zu fördern wären, kann die Ko-Finanzierung von den Gemeinden nicht aufgebracht werden.
- In den kommunalen Haushalten fehlt das Geld für die erforderlichen Investitionsmaßnahmen.
- Der Wert der Grundstücke und Gebäude im Harz sinkt weiter, sodass Privatpersonen keine Darlehn für erforderliche Investitionen erhalten.
- Freiwillige Leistungen wie die Unterstützung von Vereinen und Verbänden oder der Jugendarbeit steht immer weniger Geld in den Kommunen zur Verfügung.

- Selbst Pflichtaufgaben, wie Ersatzbeschaffungen bei den Feuerwehren, können nicht mehr geleistet werden.
- Die touristische Infrastruktur wird zunehmend schlechter, weil erforderliche Investitionen nicht geleistet werden können. Selbst der Status eines Weltkulturerbes, wie beispielsweise am Rammelsberg, verhindert nicht, dass Kürzungen vorgenommen werden müssen.

Wir fordern

Vor diesem Hintergrund fordern wir die neue Niedersächsische Landesregierung auf, den Verfassungsgrundsatz der Wahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse auch für den Harz ernst zu nehmen und alles zu tun, um diesem Grundsatz wieder Geltung zu verschaffen. Insbesondere fordern wir die Landesregierung auf

- für Investitionsvorhaben im Harz die nach den EU – Richtlinien möglichen Höchstfördersätze von bis zu 35% zuzulassen, diese nicht zu reduzieren und die EU-Mittel, wie dies auch in anderen Bundesländern üblich ist, durch Fördermittel aus dem Landeshaushalt gegen zu finanzieren. Welche Entwicklung durch eine gezielte Förderpolitik möglich ist, zeigt sich im Ostharz. Durch gezielten Einsatz von EU-Fördergeldern verbunden mit zusätzlichen Landesmitteln ist es dort gelungen den Tourismus positiv zu entwickeln. Gleichzeitig hat dieses Fördergefälle dazu geführt, dass im Westharz keine Investitionen vorgenommen wurden,
- den „Masterplan Harz“ durch zusätzliche Landesgelder zu unterlegen. Der vom Land aufgelegte „Masterplan Harz“ ist für sich allein genommen nicht ausreichend, denn er umfasst lediglich eine EU –Förderung aus Ziel-2-Mitteln. Die zur Realisierung der Investitionen erforderlichen Bürgschaften belasten die ohnehin finanziell angeschlagenen Kommunen zusätzlich,
- ein Förderprogramm für kleinere Hotels und Pensionen aufzulegen, mit dem Ziel, diesen die erforderlichen Investitionen zur Erreichung einer angemessen und zeitgemäßen Ausstattung der Zimmer und insbesondere der Sanitäreinrichtungen zu ermöglichen,
- durch die vollständige Rücknahme der Kürzungen im Finanzausgleich den Landkreisen, Städten und Gemeinden im Harz ihre Handlungsfähigkeit zurückzugeben. Die Kommunen im Harz sind aufgrund ihrer finanziellen Lage nicht im Stande, die notwendigen Investitionsmaßnahmen in die gemeindliche Infrastruktur vorzunehmen. Dies führt dazu, dass die Städte, Kur- und Fremdenverkehrsorte weiter an Attraktivität verlieren. Die finanzielle Situation im Oberharz ist derart katastrophal, dass die Städte

und Gemeinden trotz erheblicher Konsolidierungserfolge weiterhin nicht in der Lage sind, genehmigungsfähige Haushalte vorzulegen,

- für erforderliche Ganztagsschulangebote die notwendigen Investitionsmittel für Mensen bereitzustellen um die Mittagsverpflegung sicherzustellen. Durch die Verkürzung der Schulzeit im Gymnasium findet verstärkt Unterricht am Nachmittag statt, ohne dass den Schülerinnen und Schülern die erforderliche Mittagsverpflegung angeboten werden kann,
- die Technische Universität Clausthal als wichtigen Bildungsstandort und bei der Entwicklung zum Innovationsmotor für die Ansiedlung von Zukunftsindustrien in der Harzregion massiv zu unterstützen,
- die Städte und Gemeinden im Harz in das Städtebauförderungsprogramm des Landes aufzunehmen, um einen Rückbau nicht mehr benötigter Infrastruktur zu ermöglichen und so eine attraktive Gestaltung der Ortskerne zu ermöglichen,
- die Projekte, Institutionen und Initiativen in den Landkreisen Goslar und Osterode bei der Entwicklung zu einer führenden Energie-Effizienz-Region auf Basis der Kooperation von Forschung, Wissenschaft und gesellschaftlichen Akteuren nachhaltig zu fördern. Mit dem Energieforschungszentrum, der Technischen Universität, Modell-Projekten zur energetischen Sanierung und verschiedenen privaten Initiativen stehen sehr gute Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung,
- die Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln vollständig aus Landesmitteln gegen zu finanzieren, wie dies in anderen Bundesländern erfolgt ist. Durch seine demographische Situation und seine geographische Lage ist der Harz auf einen funktionierenden ÖPNV angewiesen. Nur so kann die Mobilität einer älter werdenden Gesellschaft aufrechterhalten und einer zunehmenden Vereinsamung in den Ortschaften entgegengetreten werden.
- die Bedarfszuweisungen für die Bergstadt St. Andreasberg und die Samtgemeinden Hattorf, Bad Grund und Oberharz zu verstetigen und zukünftig für Braunlage, Bad Lauterberg und die Samtgemeinde Walkenried gewähren und zwar ohne Einsparungen in gleicher Höhe von den Kommunen zu verlangen,
- ein Sonderförderprogramm als Pilotprojekt „Gesellschaft im demographischen Wandel“ aufzulegen. Die Landkreise Goslar und Osterode sind mit ihrem aktuellen Schrumpfungs- und Alterungsprozess vielen anderen Regionen in Deutschland schon um mindestens eine Generation voraus. Diese Entwicklung stellt uns vor bisher in diesem Ausmaß nicht dagewesene Herausforderungen, deren Bewältigung den Harzer Kommunen ohne Hilfe nicht gelingen wird. Ein Pilotprojekt würde nicht nur dem

Harz zugute kommen, sondern gleichzeitig anderen Regionen ermöglichen, von der hiesigen Entwicklung zu lernen und die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen,

- ein speziell auf die Bedürfnisse des Vorharzes zugeschnittenes Hochwasserschutzprogramm zu entwickeln und finanziell zu unterlegen, welches sowohl die Belange des Naturschutzes, der Bevölkerung vor Ort und der ansässigen Industriebetriebe angemessen berücksichtigt,
- die Betriebspläne für die Harzer Talsperren an die neuen Hochwassergefahren anzupassen und insbesondere die Rückhaltekapazität für Hochwasser zu vergrößern.